

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsf., Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Ralbeck, Dhl., Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 130

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver

Mittwoch, den 7. Juni

Ersteinst werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich 1.85 einchl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postfachkonto: Dortmund 2941.

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In Berlin wurde der afghanische Gesandte von einem afghanischen Studenten erschossen.

* Der französische Gesandte in Rom ist von seiner Regierung zur Zeichnung des von Frankreich stark abgeänderten Viererpaktes ermächtigt worden.

* In Frankreich sind der Lokomotivführer und der Heizer eines fahrenden Personenzuges durch Feuer, das aus dem Kessel schlug, verbrannt. Der Zugführer brachte den Zug zum Stehen, wodurch eine Katastrophe verhütet wurde.

Der verfälschte Mussolini-Pakt.

Der Reid muß der französischen Politik lassen: Sie versteht es ausgezeichnet, irgendeinen praktischen Vorschlag, dessen Verwirklichung zu einer tatsächlichen Befriedung Europas oder zum mindesten zur Lösung fast unenträglich gewordener Spannungen etwas beisteuern könnte, so lange und so gründlich zu „zerreden“, bis ungefähr das Gegenteil des ursprünglichen Gewollten dabei herauskommt. Von dem Viermächtepakt, den Mussolini vorschlug und der von Paris aus dann erst monatelang „in Arbeit genommen“ wurde, kann man schon heute auch wieder dasselbe sagen. Er ist jetzt zwar von dem französischen Kabinett paraphiert, also in bestimmter Fassung ausgearbeitet worden. Doch damit ist er noch nicht endgültig ratifiziert und - das Antlitz Europas wird sich auch dann und dadurch nicht ändern, wenn der Pakt unterzeichnet ist und seine völkerrechtliche Gültigkeit erhalten hat.

Die Franzosen sind mit seiner von ihnen erreichten völligen Umgestaltung nämlich immer wieder unzufrieden gewesen, mit größtem Erfolg haben sie ihm das ausgebrochen, was sie und ihre Trabanten im Osten und Südosten Europas als „die Giftzähne“ bezeichnet haben, - nun wollten sie ihm außerdem noch die Beine so gründlich zerschlagen, daß er nicht einmal auf Krücken vorwärtstäte. Wie seit Monaten üblich, waren kurz vor Pfingsten - denn der Viererpakt sollte eigentlich als „Pfingstgabe“ den Völkern beschert werden, obwohl diese auf ein solches Geschenk verdienstermaßen kaum einen Blick verschwendet hätten - auch wieder „neue Schwierigkeiten“ entstanden, die natürlich in Paris gepflanzt und im Verein mit der kleinen Entente in Polen dort eifrig begossen wurden. Die Giftpflanze, die nun dabei hervorproß, wollte nicht mehr und nicht weniger als eine Frucht produzieren, in der Deutschland wieder als besiegt und minderberechtigt festgelegt werden würde, wenn es nach dem Willen der Franzosen geht. Einmal sollte die Durchführung der uns grundsätzlich zugesagten Gleichberechtigung nur etappenweise durchgeführt werden, weil das nicht anders möglich sei - und das soll Deutschland auch noch anerkennen und annehmen! Dazu sollte denn auch gleich noch die Verpflichtung für uns kommen, der Viermächtekommission unsere jeweiligen Militärprogramme „zur Genehmigung“ vorzulegen. Mit der ganzen Unzufriedenheit, die die französische Politik in der Frage des Viermächtepaktes „auszeichnet“, hatte man in Paris den anderen Völkern erklärt, diese neue Formulierung für den Artikel 3 des Paktes bereits der kleinen Entente mitgeteilt zu haben, und nun könne man doch nicht anders als ... Das mag richtig sein, konnte aber weder in Berlin noch in Rom besonders interessieren!

Aber die Franzosen hatten auf diese Weise eine neue Verzögerung des Abschlusses erreicht und in Paris erfolgten darüber eifrige Verhandlungen mit dem englischen Geschäftsträger, während Herr Benesch, nicht bloß seit 1919 tschechoslowakischer Außenminister, sondern geistiger Führer der gesamten kleinen Entente, triumphierend bereits feststellte, daß der Viermächte-Pakt, ob er nun so oder anders abgeschlossen wird, auf alle Fälle ein Meißer ohne Schneide, ja ohne Klinge ist. Ein Minister seines Kabinetts, der übrigens lange in Berlin tschechischer Gesandter war, sagte es mit brutaler Genauigkeit, worauf es der kleinen Entente ankäme, nämlich auf die Verteidigung der Friedensverträge bis zum letzten Buchstaben „nicht nur um ihrer selbst willen, sondern vielmehr deshalb, weil wir in ihr den formalen Ausdruck der Neuordnung in Europa sehen, die besser und gerechter sei als die vorherige Ordnung; es handle sich für uns vielmehr um diese neuere und bessere Ordnung als um die Verträge an sich“, und daran schloß er als Schlußstrich die unzweideutige Drohung, daß auf jede Revision dieser „Neuordnung“ nur mit einem geantwortet werden würde: mit dem Krieg.

Für diese Leute sind und bleiben die Grenzziehungen der Friedensdiktate unantastbar gegenüber Deutschland usw.; daß ihnen dabei vom Viermächte-Pakt keine praktischen Schwierigkeiten bereitet werden, dafür hat Frankreich, das ja mit den oben entwickelten Ansichten völlig übereinstimmt, in den letzten Monaten eifrig und mit bestem Erfolg gesorgt, und nun wollte man in Paris die Ernte noch dadurch vervollständigen, daß man auch der theoretisch anerkannten Gleichberechtigung Deutschlands für die militärische Sorge um seine Sicherheit jeden praktischen Wert nimmt.

Es soll sich eben nichts ändern an dem gegenwärtigen politischen Zustand in Europa, der sich von einer Katastrophe um nichts unterscheidet, - aber wenn die europäische Welt, so heißt's in Paris und im Osten Europas, auch darob zugrundegehen würde, so darf doch an den Friedensdiktaten nichts geändert werden!

„Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode!“

Politischer Gesandtenmord

Der Vertreter Afghanistans erschossen.

Von einem Landsmann.

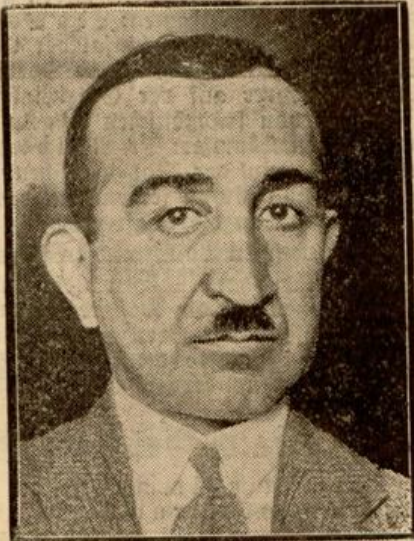
In der Berliner afghanischen Gesandtschaft sprach am Dienstagmittag der 33jährige Afghane Kamal Syid vor. Im Laufe der Unterhaltung gab er auf den Gesandten Sirdar Muhammed Aziz Khan, einen Bruder des Königs von Afghanistan, fünf Revolvergeschosse ab, von denen einer dem Gesandten durch die Brust ging. Der Gesandte brach zusammen. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht, wo er gegen 2 Uhr an seiner schweren Verletzung starb. Einer seiner Begleiter war durch den zweiten Schuß des Attentäters am Kopf verwundet worden.

Sirdar Muhammed Aziz Khan, der im 55. Lebensjahr steht, kam Ende April als Gesandter nach Berlin, nachdem er vorher zwei Jahre lang die Vertretung seines Landes in Moskau wahrgenommen hatte.

Der Mörder gehört einer Gruppe von Studenten an, die schon seit mehreren Jahren auf Kosten der afghanischen Regierung in Berlin studieren. Er war dem Gesandten wohlbekannt, da er häufig mit seinen Landsleuten von Aziz Khan zu Veranstaltungen in die Gesandtschaft eingeladen wurde.

Wie der Mord geschah.

Der afghanische Gesandte hatte den Besuch eines entfernten Verwandten, des Studenten Attif, der ihn gelegentlich im Gesandtschaftsgebäude aufzusuchen pflegte. Der Gesandte wollte mit seinem jungen Verwandten einen



Der afghanische Gesandte in Berlin ermordet.

Der afghanische Gesandte in Berlin, Sirdar Muhammed Aziz Khan, ein Bruder des Königs von Afghanistan, wurde von einem in Berlin wohnenden afghanischen Studenten im Gesandtschaftsgebäude durch mehrere Revolvergeschosse tödlich verletzt.

Spaziergang durch den Tiergarten unternehmen. Als sich beide auf der Treppe, die von den oberen Räumen zur Vorhalle des Gesandtschaftsgebäudes führt, befanden, trat ihnen auf den unteren Treppentritten ein junger Mann, der Student Kamal Syid, mit gezogenem Revolver entgegen.

Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Gesandten und Kamal Syid. Der Streik beider ging um

politische Angelegenheiten

ihres Heimatlandes, und Kamal bezichtigte den Gesandten, daß er mitgeholfen habe, Afghanisten den Engländern auszuliefern. Ehe der Gesandte auf diese Bezeichnungen antworten konnte, gab der Student kurz hintereinander

fünf Schüsse

auf den Gesandten und seinen Begleiter ab. Schon der erste Schuß traf den Gesandten in die Brust.

Der Täter ohne Reue.

Das Anfallen der Schüsse hatte die Dienerschaft des Hauses alarmiert. Der Attentäter, der sich heftig zur Wehr setzte, wurde von mehreren Dienern überwältigt und so lange festgehalten, bis ihn das inzwischen herbeigeeilte Überfallkommando in Schutzhaft nahm. Bei seiner Festnahme erklärte der Student, daß er seine Tat in keiner Weise bereue und bereit sei, „für sie und damit für das Vaterland“ zu sterben.

Der schwerverletzte Gesandte, der das Bewußtsein verloren hatte, erhielt die erste Hilfe durch zwei Ärzte, die sich auch um den verletzten Begleiter bemühten. Dann wurden beide nach dem Moabit Krankenhaus übergeführt. Kurz nach seiner Einlieferung ist dann der afghanische Gesandte gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Kundgebung der Reichsregierung zum Gesandtenmord.

Zu dem in der Berliner afghanischen Gesandtschaft verübten Attentat auf den afghanischen Gesandten wird amtlich noch folgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung hat unmittelbar nach der Tat Geheimrat Sauerbruch ersucht, dem Verletzten seine ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Leider waren die Bemühungen, das Leben des Gesandten zu retten, erfolglos. Er ist bereits am Nachmittag seiner schweren Verletzung erlegen. Der Mörder gibt an, aus politischen Gründen gehandelt zu haben.

Die Reichsregierung bedauert

den Tod dieses hervorragenden Diplomaten, der sein Land bereits als Botschafter in Moskau vertreten hatte, bevor er den Berliner Posten übernahm, auf das tiefste, und verurteilt mit dem ganzen deutschen Volke das verabscheuungswürdige Verbrechen. Der Ermordete, der ein Bruder des Königs Nadir Schah ist, hatte den Berliner Gesandtenposten erst vor kurzem angetreten.

Hinterhältige Pariser Manöver.

Frankreich hat den Viererpakt verfälscht.

Die französische Regierung hat bekanntlich ihren Botschafter in Rom ermächtigt, dem Text des Viermächtepaktes, wie er jetzt vorliegt, zuzustimmen. In Rom wird hierzu das Gerücht verbreitet, daß die italienische Regierung angeblich ihre Vermittlungsbemühungen aufgeben würde, wenn Deutschland diesen Text, wie er jetzt vorliegt, nicht annehmen würde.

Das heißt jedoch, wie von zuständiger Berliner Stelle bedeutet wird, die Dinge vollständig auf den Kopf stellen. Die Lage ist vielmehr die, daß sich in der vergangenen Woche alle vier Mächte auf einen Text geeinigt hatten, und daß dann am Freitag die französische Regierung plötzlich erklärte, daß sie diesen Text nicht annehme. Die französische Regierung hat daraufhin einen neuen Text ausgearbeitet, der jetzt in Berlin vorliegt. In diesem kommt die deutsche Gleichberechtigung nicht genügend zum Ausdruck. Infolgedessen erhebt sich jetzt für die deutsche Regierung die Frage, ob an der Unterzeichnung dieses jetzt vorliegenden Textes ein genügendes Interesse vorliegt oder nicht. Diese Frage wird geprüft. Alle Behauptungen, daß die Engländer und die Italiener dem von Frankreich vorgelegten neuen Textentwurf zugestimmt hätten, sind unrichtig. Beide Länder haben im Gegenteil erklärt, sie würden zustimmen, wenn Deutschland zustimmen würde.

In Paris ist man offensichtlich bestrebt, aus den Verhandlungen über den Viermächtepakt das größtmögliche Kapital zu schlagen und, nachdem man den in dem Entwurf Mussolinis enthaltenen Revisionsgedanken entlernt und den französischen Sicherheitskomplex mit Artikel 16 hineinoperiert hat, als drittes nun auch noch die deutsche Gleichberechtigung durch den Pakt im französischen Sinne zu binden. Darüber hinaus versucht man nach altbewährter Pariser Methode,

Deutschland in der Öffentlichkeit als die Macht hinzustellen, die allein die Einigung hindere. Diesem Versuch dient zweifellos auch eine Havas-Meldung aus Rom, die eine gänzlich irreführende Darstellung der Verhandlungsgeschichte gibt und u. a. behauptet, daß die Fassung des Artikels 3 Schwierigkeiten bereitet habe, sei er durch einen neuen Wortlaut ersetzt worden, der eine Einigung zwischen London, Rom und Paris ermöglicht habe. Die Havas-Meldung schließt mit einem betonten Lob auf Mussolini wegen des guten Willens, den er bei jeder Gelegenheit im Verlauf der Verhandlungen bewiesen habe.

Eine Entschliebung des Weltverbandes der Völkerverbundgesellschaften.

In der Vollversammlung des Weltverbandes der Völkerverbundgesellschaften wurde, wie aus Montreux gemeldet wird, eine Entschliebung angenommen, die die bisherige Abrüstungspolitik des Weltverbandes weiter entwickelt und in der zum ersten Male nicht nur die Abschaffung, sondern auch die Zerstörung der Angriffswaffen von allen Regierungen verlangt wird.

Der deutsche Vertreter, Oberst Haselmeier, teilte unter lebhaftem Beifall die Annahme der Entschliebung durch die deutsche Abordnung mit und gab seiner Genugtuung über die freundliche Form der Verhandlungen Ausdruck. Oberst Haselmeier betonte insbesondere die Notwendigkeit, daß die vom Weltverband angenommenen Abrüstungsgesichtspunkte auch bei den amtlichen Genfer Verhandlungen zur Auswirkung gelangen müßten und damit der wirkliche Friede für das leidende Europa seinen Anfang nehmen könne. Der Berichterstatter für die Abrüstungsfragen, der bekannte belgische Jurist Rolin, betonte die Solidarität der Mächte gegen den Friedensstörer und wies in Uebereinstimmung mit der deutschen Abordnung ausdrücklich darauf hin, daß nach dem Grundgesetz der Gleichberechtigung Deutschland während der Uebergangsperiode, in der alle Staaten trotz der geforderten völligen Abschaffung der Flugwaffen noch militärische Flugzeuge besäßen, u. a. auch über Flugabwehrmittel verfügen müsse.

Dem Ausbau der deutschen Festungen stehe die heutige Abrüstungsentscheidung nicht entgegen.

In der angenommenen Entschließung wird vor allem die Abschaffung der schweren Angriffswaffen innerhalb einer bestimmten festzulegenden Frist gefordert.

Kurze politische Nachrichten.

Reichskanzler Adolf Hitler hat die Pfingstfeiertage in Obersalzberg bei Berchtesgaden verbracht. Reichsminister Dr. Goebbels weilte bei ihm zu Besuch und hatte ausgiebig Gelegenheit, über die Romreise zu berichten.

Der dem Zentrum angehörende Reichstagsabgeordnete Dipl. Landwirt Schmidt-Lippstadt hat sein Mandat ohne Angabe von Gründen niedergelegt. Er war im Wahlkreis Westfalen-Süd gewählt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Paderborn beschloß ihre Auflösung wegen grober Unregelmäßigkeiten, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung der letzten Gemeindevahl ereignet haben. Wiederholte Auflösungsanträge der Nationalen Arbeitsgemeinschaft hatten bei dem ausschlaggebenden Zentrum den schärfsten Widerstand gefunden.

In zahlreichen Städten Spaniens wurden während der Pfingstfeiertage von Linkskaditalen wieder Bomben zur Explosion gebracht.

Erfinder im Dienst des Vaterlandes.

Nickelgewinnung aus Aluminium.

Die Nürnberger Chemiker Wilhelm Kaul und Wilhelm Johann Kaumann haben an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

„Nach fast vierjährigen Arbeiten zu Pfingsten in unserem Laboratorium Entwicklung Aluminiumatom zum Nickelatom eindeutig gelungen. Wehrindustrie und deutsche Wirtschaft durch deutschen Nickel unabhängig. Außerdem großer Einbruch in die bisherige Grundstofftheorie. Melben freudigst Reichskanzler diesen Beitrag zur Befreiung des Vaterlandes. Stellen zur Verfügung im Reichsinteresse. Beginnen neue arbeitsreiche umwälzende Arbeiten. Chemiker Wilhelm Kaul, Wilhelm Kaumann.“

Der „Tag der Hitlerjugend“.

Am Sonntag, den 11. Juni, findet im Grunewaldstadion in Berlin der „Tag der Hitler-Jugend“ statt. Das Protektorat hat Reichsminister Dr. Goebbels übernommen; Reichspräsident von Hindenburg hat für die sportlichen Wettkämpfe einen Ehrenpreis — sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift — gespendet.

Die Bezüge der Reichsstatthalter.

Gehalt, Amtswohnung, Dienstaufwandsentschädigung.

Auf Grund des zweiten Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April d. J. hat die Reichsregierung eine Verordnung über die Amtsbezüge der Reichsstatthalter erlassen. Danach erhalten die Reichsstatthalter für Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Oldenburg, Hamburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz die Amtsbezüge eines Reichsministers, der Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe die Amtsbezüge eines Staatssekretärs im Reich.

Den Reichsstatthaltern wird außerdem eine Amtswohnung zugewiesen. Soweit das nicht möglich ist, erhalten sie eine Wohnungszuschussung von jährlich 3600 Mark bzw. 2400 Mark. Den Reichsstatthaltern wird ferner eine Dienstaufwandsentschädigung zugewiesen, deren Höhe der Reichshaushaltsplan bestimmt. Die Verordnung tritt mit Wirkung ab 1. April d. J. in Kraft.

Unzulässige Aktionen gegen Konsumgenossenschaften.

Ein Erlaß des Ministerpräsidenten Göring.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident und Innenminister Göring an sämtliche Polizeibehörden folgenden Rund-erlaß gerichtet: „Die Reichsregierung hat kürzlich durch die Presse erklären lassen, daß Maßnahmen gegen den Bestand der Konsumgenossenschaften nicht beabsichtigt seien und daß Einzelaktionen gegen Konsumgenossenschaften, durch die nur die Spargelder zahlreicher Volksgenossen gefährdet werden würden, mißbilligt würden. Nichtsdestoweniger gehen fortgesetzt Beschwerden darüber ein, daß weiterhin, namentlich durch Organe des Kampfbundes — des gewerblichen Mittelstandes, Konsumgenossenschaften befehl, die leitenden Personen an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert und Verteilungsstellen geschloffen würden. Solche Eingriffe in das Wirtschaftsleben von unbefugter Seite können auf keinen Fall geduldet werden. Ich erlaube daher die Polizeibehörden, in Zukunft Übergriffe dieser Art mit aller Schärfe zu unterdrücken und vorkommendenfalls die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen.“

Die neuen Bestimmungen über die Kinosteuer.

Keine Steuerfreiheit mehr am 11. August.

Die vom Reichsrat gebilligte Reform der Vergütungssteuer wird jetzt als Verordnung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Es wird damit u. a. auch eine seit Anfang August 1929 bestehende Bestimmung aufgehoben, nach der Veranstaltungen, die am 1. August, „aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages“ unternommen wurden, steuerfrei blieben. Statt dessen bleiben von Steuern in Zukunft alle Veranstaltungen frei, die am 1. Mai aus Anlaß und zu Ehren des Feiertages der nationalen Arbeit stattfinden.

Die Steuer für Eintrittskarten bleibt in ihrer bisherigen Staffelform unverändert bestehen; es wird aber für die einzelne Karte nicht mehr eine Aufzählung auf fünf Pfennig nach oben vorgenommen, sondern nur noch auf den vollen Pfennigbetrag.

Nationalsozialistische Führertagung in Berlin.

Vom 14. bis 16. Juni findet, wie „Der Angriff“ berichtet, in Berlin eine nationalsozialistische Führertagung statt. Diese Tagung wird am 14. Juni mit einer Veranstaltung beginnen, an der sämtliche Gauleiter und Amtswalter teilnehmen. Am 15. Juni findet eine gemeinsame Führertagung der Amtswalter, Gauleiter, der Nationalsozialisten in führenden Staatsstellungen, der führenden Betriebszellenobleute, der Schulungsleiter und der Leiter des ständischen Aufbaues für die Gaue statt. Am 16. Juni wird die feierliche Einweihung der bisherigen Bundeschule des NSDAP in Bernau bei Berlin als Reichsführerschule vorgenommen.

Junge Kräfte in die kirchliche Führung!

Eine Forderung D. von Bodelschwings.

Im Zusammenhang mit seiner Absicht, in der Führung der Kirche Platz für jüngere Kräfte zu schaffen, hat D. von Bodelschwing gegenüber dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates die Bitte ausgesprochen, dahin zu wirken, daß den berechtigten Forderungen auf Erneuerung der Kirche auch in personeller Hinsicht in Führerschaft und Gemeinden beifolgt. Rechnung getragen werde. Der Reichsbischof spricht dabei erneut die Überzeugung aus, daß das große Reformwerk nur durchgeführt werden könne, wenn die jungen durch den Krieg und den Kampf um die Erneuerung des Volkes geformten Kräfte an verschiedenen Stellen

verantwortlich eingesetzt

würden. Der Schritt von Bodelschwings begegnet sich mit den Absichten des Präsidenten Kasper, die dieser bereits vor längerer Zeit geäußert hat. Die gleiche Anregung dürfte auch an die anderen deutschen Landeskirchen ergehen.

DDA-Kundgebung in der Walhalla.

Im Anschluß an die große DDA-Pfingsttagung in Regensburg in Passau führen Abordnungen des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande und der Auslandsdeutschen zur Walhalla, der deutschen Ruhmeshalle bei Regensburg. Der DDA-Reichsführer Dr. Hans Steinacher brachte die volksdeutsche Forderung an diesem Ehrenmal in einem Gedentspruch zum Ausdruck, in dem es u. a. heißt:

„Wieder sind wir, wie zu den Zeiten der Befreiungskriege, zum Bewußtsein der Gesamtheit unseres deutschen Volkes gelangt, und es sollen aus der Gesamtschau des deutschen Volkes wieder die Helden angemeldet werden, die

dem deutschen Namen Ehre und Größe gebracht und ihm den Glauben an sich selbst wiedergegeben haben. Wir nennen von den großen Söhnen, deren Geist wir verpflichtet sind und deren Wirken, Glauben und Sterben wahrhaft groß ist, nur zwei Namen: Leo Schlageter, den Kämpfer gegen drohendes Schicksal der Unfreiheit in deutschen Grenzlanden, im Baltikum, in Oberschlesien, an der Ruhr, den Märtyrer auf der Goltzheimer Heide in Düsseldorf, gefallen von französischen Kugeln. Und wir nennen einen anderen Kämpfer: Dr. Nolde, den Südtiroler Patrioten, der in der Not deutschen Volkstums durch seinen Opfergang bis zu seinem bitteren Ende den Glauben seines Volkes an die Kraft und

Bewährung des deutschen Volkstums in fremder Hand vertieft und neu gestärkt hat. Mögen diese beiden Namen deutsches Volk mahnen an die weitere Lebensnot deutschen Volkstums jenseits der Grenzen und seine Pflicht, den Abwehrkampf dieses deutschen Volkstums als eine Ehrenpflicht zu übernehmen.“

Tirol ohne reichsdeutsche Gäste.

Wachsende Mißstimmung in der Bevölkerung.

Infolge der Grenzsperrre herrschte in Tirol während der Feiertage Verärgerung. Besonders in den Grenzorten wirkte sich die Sperrre geradezu katastrophal aus. In den Orten Ruffen, Reutte und Seefeld waren überhaupt keine Pfingstgäste aus dem Reich anwesend. Die Mißstimmung in der Bevölkerung über die Zustände wächst infolge der wirtschaftlichen Krise von Tag zu Tag.

Heimatwehr-Überfall auf Nationalsozialisten.

Am Pfingstsonntag wurden 50 Mann der Ruffener Heimatwehr als Grenzschutzorgane vereidigt. Die Heimatwehrleute überfielen in den Nachmittagsstunden Nationalsozialisten und rissen ihnen die Abzeichen ab. Die Folge waren schwere Ausschreitungen und Zusammenstöße, bei denen drei Personen schwer verletzt wurden. Die Heimatwehr drang mit Spaten in das Hotel Egger ein, wobei sich die Nationalsozialisten zurückgezogen hatten. Gendarmerie ging mit der blanken Waffe vor, um die Ruhe wiederherzustellen.

Leere Hotels auch in Vorarlberg.

Infolge des Ausbleibens der Reichsdeutschen.

Wie in Tirol, so hat sich auch in Vorarlberg die deutsche Grenzsperrre während der Pfingstfeiertage in einer wahrhaft katastrophalen Weise geltend gemacht. Während z. B. im Hafen von Bregenz an den vorjährigen Pfingstfeiertagen fast 20.000 Jahrgäste gezählt wurden, waren es dieses Jahr nur etwa 1000. Zu Bregenz haben vom Sonntag auf Montag nur etwa 60 Personen übernachtet, während sonst an den Pfingstfeiertagen die Stadt stets so überfüllt war, daß ein Teil der Fremden in der Umgebung einquartiert werden mußte. Auch im Bregenzer Wald, im Montafontal usw. macht sich das Ausbleiben der Reichsdeutschen empfindlich bemerkbar.

Reichsdeutsche in Nordschleswig überfallen.

Der zweite Gauvorsitzende des DNVP, Dr. Deckmann, und der Vorsitzende des Flensburg Automobils, Kaufmann Vogler, waren wie zahlreiche Deutsche am ersten Pfingsttag mit dem Kraftwagen über die Grenze nach Nordschleswig gefahren. Dabei kamen sie unvermutet in die Nähe eines größeren Zeltlagers. Sie wurden

von etwa 25 bis 30 Dänen umzingelt.

Einer der Nadelsticker beschimpfte die beiden Deutschen groblich. Als ein anderer abfällige Bemerkungen über Hitler und das Dritte Reich dazwischenwarf, verbat sich die beiden Angegriffenen diese Beleidigung des Deutschtums energisch. Darauf nahm der Trupp eine drohende Haltung ein und raubte den Deutschen ihr Filmmaterial, das vernichtet wurde. Einer der Hauptnadelsticker trug das

Abzeichen mit den drei Pfeilen.

Über dem Zeltlager wehten rote Fahnen, zum Teil mit den drei Pfeilen. Nur der Festigkeit und Ruhe, mit der die Überfallenen auftraten, ist es zu verdanken, daß man sie schließlich ohne Mißhandlungen gehen ließ.

Deutscher in Brüssel angefallen.

In Brüssel wurde ein Deutscher, der ein Sakentkrenz trug, beim Verlassen eines Cafés am Platz de Broedere von Passanten belästigt. Als er sich dies verbat, entwendete man ihm das Sakentkrenz und zerriß seine Kleider. Die einschreitende Polizei vertrieb die Angreifer und nahm den Deutschen in Schutzhaft, entließ ihn aber bald darauf. Der Deutsche heißt Adolf Linden, ist in München geboren und erklärte, sich auf der Durchreise von Südafrika nach Hamburg zu befinden.

Die Wirtschaftslage des Viehhandels im Mai.

Der Reichsverband des nationalen Viehhandels schreibt:

Auch im Monat Mai war die Lage auf den Schlachttiermärkten nicht befriedigend. Auf den Schlachttiermärkten waren die Preise weiterhin leicht nachgebend. Erst gegen Ende des Monats konnten die Preise für Pfingstware, insbesondere Ochsen und Färsen, besser Qualität leicht anziehen. Die Kälberpreise waren uneinheitlich; teilweise war eine leichte Besserung festzustellen. In Hammeln und Schafen waren im Berichtsmonat erhebliche Verluste zu verzeichnen. Bei großen Schwankungen von einem Markt zum andern gaben die Preise weiterhin beträchtlich nach. Auch die Schweinemärkte

brachten nicht die erhoffte Besserung. Zu Beginn des Monats zeigte sich ein starkes Angebot zu äußerst niedrigen Preisen. Erst im letzten Drittel des Mai setzte sich teilweise eine leichte Besserung durch.

Auf den Zucht- und Nutzviehmärkten war infolge des Beginns der Weideweide eine leichte Belebung festzustellen. Im allgemeinen war das Geschäft für den Viehhandel den Schwankungen entsprechend ungleichmäßig. Die Aussichten für den kommenden Monat sind noch unübersichtlich, da von der saisonmäßigen Besserung der Rinderpreise bisher noch wenig zu spüren gewesen ist. Auch bei Schweinen ist an eine erhebliche Belebung der Märkte vorläufig nicht zu denken.

Pfingstlager des Großdeutschen Bundes aufgelöst.

Während der Pfingsttage fand im Munsterlager die Bundestagung des Großdeutschen Bundes unter Führung von Admiral von Trotha statt. Etwa 15.000 Jungen und Mädchen aus dem ganzen Reich und den umliegenden Gebieten waren erschienen. Erzelenz von Trotha eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er betonte, daß die bündische Jugend neben der Hitler-Jugend ihren Platz bekommen müsse.

Am Pfingstsonntag versammelte sich die bündische Jugend zum Bundesthing, bei dem der geschlossene und einheitliche Großdeutsche Bund proklamiert wurde. Über das Bundesthing wurde das Zeichen des nationalsozialistischen Deutschlands die

Sakentkrenztafne

geleitet. Bald darauf verteilte der Landrat des Kreises, Fallbettel-Soltan, die Bundesvertreter zu sich und erklärte ihnen nach einer ergebnislosen Aussprache, an der auch Mitglieder der Reichsteilung der Hitler-Jugend teilgenommen hatten, daß er „wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ gezwungen sei, das Lager aufzulösen. Die Fahnen mußten eingebracht werden. Der Bundestag wurde darauf mit einem Treuebekenntnis zu dem Führer des neuen Deutschland, Adolf Hitler, und mit dem Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ beschloffen. Die 15.000 Jungen und Mädchen marschierten zum Schluß an Admiral von Trotha vorbei. Darauf wurde das Lager geräumt.

Gandhi außer Lebensgefahr.

Das Befinden Gandhis ist, wie aus Bombay gemeldet wird, recht zufriedenstellend. Die Ärzte erklären, daß er außer Gefahr sei. Von den 17 Pfund, die der Mahatma in der Zeit seines Hungerstreiks verloren hat, habe er wieder rund zehn Pfund zurückerlangt.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 7. Juni 1933.

Prühet Waldbrände!

Gerade in den Frühling fällt die Hauptzeit der Waldbrände. Das lange Wintergras und Moos ist weß und dürr, die Stürme haben trodenes Laub und dürre Äste dazu geschüttet und die jungen frischen grünen Gräser sind noch nicht soweit emporgeschossen, um dieses leicht entflammare Gemisch unterdrücken zu können, absterben und verwesen zu lassen. Ein kleiner Funke, eine noch glimmende Zigarette oder Zigarre, die ausgetlopfte heiße Weizenasche genügt, um diese dürre Schicht zu entzünden und einen Waldbrand zu entfachen. Lagerstellen, an denen gekocht wird, sind vielfach die Brandherde, weil die Feuerstellen beim Verlassen nicht genügend ausgemacht worden sind. Und dabei ist doch alles so einfach, wenn man nur den Willen dazu hat. Grünes Laub und frischer Sand ersticken sofort jegliches Glimmen. Aber leider sind die wanderfrohen Menschen immer noch zu achtlos! Ihr Menschen, die ihr den Wald liebt, seid vorsichtig im Walde; was braucht ihr zu rauchen? Die Luft ist doch so schön und rein, atmet den würzigen Duft in vollen Zügen und verpfeift die Luft nicht mit Tabaksqualm. Und wenn ihr das Rauchen trotzdem nicht lassen könnt, so werft die Reste der Zigarette oder Zigarre nicht achtlos fort, sondern tretet sie aus und überzeugt euch, daß sie auch wirklich nicht mehr glimmt. Und wenn ihr euch lagert und abkocht, es schmeckt ja so

Für gesunden Wettbewerb im Zeitungswesen.

Eine Entschliebung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger veröffentlicht folgende Entschliebung:

Dem Präsidium des Vereins Deutscher Zeitungsverleger sind in letzter Zeit zahlreiche Berichte und Beschwerden über Mißstände zugegangen, die sich auf dem Gebiet des Wettbewerbes der Zeitungen untereinander herausgebildet haben.

Der V.D.Z.V. hat stets den Grundsatz vertreten, daß ein gesunder Wettbewerb im Zeitungswesen notwendig ist, weil damit zugleich eine Leistungssteigerung und Hebung der geistigen Werte der Zeitungen verbunden ist. Das Präsidium des V.D.Z.V. hält an diesem Grundsatz auch weiterhin fest.

Die Methoden, die in letzter Zeit — wie aus den eingegangenen Berichten hervorgeht — im Wettbewerb der Zeitungen untereinander in großem Umfange angewendet werden, haben aber mit einem freien Leistungswettbewerb nichts mehr zu tun. Sie sind vielmehr der Ausfluß eines übersteigerten und damit ungesunden Konkurrenzkampfes, der sich auf die Dauer für alle Beteiligten wirtschaftlich nachteilig auswirken muß. Auf dem Gebiet der Abonnements- und Anzeigenwerbung sind vielfach von Werbern, insbesondere von Kolonnen, Mittel angewandt worden, die sowohl gegen die guten Sitten wie gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen und daher aufs schärfste zu mißbilligen sind.

Das Präsidium des V.D.Z.V. hat sich mit den vorliegenden Beschwerden eingehend befaßt. Es fordert hiermit alle Mitgliedsverlage auf, die vorhandenen Mißbräuche auf dem Gebiet des Wettbewerbes unverzüglich abzustellen.

Für den freien Wettbewerb im Zeitungswesen können nur folgende Richtlinien maßgebend sein:

Die Werbung soll stets die eigene Leistung der Zeitung im redaktionellen Teil und den besonderen Wert ihres Anzeigenteils in den Vordergrund stellen. Die Verächtlichmachung und Verunglimpfung von Konkurrenzzeitungen oder Konkurrenzverlagen ist unzulässig. Auch die schärfsten Propagandamaßnahmen dürfen die Grenzen nicht überschreiten, die durch gesetzliche Bestimmungen (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) und durch die gewerbetreibliche Verkehrssitte gezogen sind. Ebenso unzulässig ist die Werbung mit Mitteln, die gegen die guten Sitten verstoßen, z. B. Androhung von geschäftlichem oder beruflichem Boykott, Androhung von wirtschaftlichen Nachteilen, Aufstellen von schwarzen Listen und Anwendung ähnlicher Druckmittel.

Das Präsidium des V.D.Z.V. erwartet, daß die Mitgliedsverlage bei ihren Werbemaßnahmen die obigen Gesichtspunkte berücksichtigen und daß die Verlage zur Durchsetzung dieser Richtlinien schärfste Kontrolle über ihre Werber ausüben und ungeeignete Elemente aus der Werbung entfernen. Fälle von Verstößen gegen diese Richtlinien sind dem V.D.Z.V. unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Verein Deutscher Zeitungsverleger.

(Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. W.

Das Präsidium:

gez. Aman, Dr. Jäncke, Fahr, Dr. Knittel, v. 3 weck.

Der Gefahrenpunkt.

Nationale Wirtschaftspolitik und Weltwirtschaftspolitik.

Die „Weltwirtschaftskonferenz“ soll am 12. Juni in London beginnen. Wird in London nach den bitteren Erfahrungen der „Weltwirtschaftskrise“ bei den Gläubigernationen die Erkenntnis bis zum Handeln gereift sein, daß ein wichtiger Grund des Entstehens und der Hauptgrund der Fortdauer der Weltwirtschaftskrise in der Kapitalinflation der Nachkriegszeit, in der Einbildung des wirklichen Bestandes unendlicher fiktiver Kapitalforderungen, kurz in der sinnlosen internationalen Kapitalverflechtung liegt?

Hierzu veröffentlicht der Tag einen Artikel von besonderer Seite, dem wir folgendes entnehmen:

Steuerliche Maßnahmen in dem neuen Reformwerk der Reichsregierung.

Der Generalangriff der Reichsregierung auf die Arbeitslosigkeit wird in dem neuen Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 auch von der steuerlichen Seite her eröffnet. Dazu sind eine ganze Reihe zum Teil sofort in Kraft tretender Änderungen bisheriger Steuer Gesetze verfügt, wie auch ganz neue Vorschriften erlassen. Die steuerlichen Maßnahmen bestehen im folgenden:

1. Steuerfreiheit von Ersatzbefschaffungen.

§ 18 Ziffer 1 des Einkommensteuergesetzes schränkt bisher die Abzugsfähigkeit aller Aufwendungen zu Ersatzbefschaffungen, d. h. alle Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Gegenständen, die als Ersatz für gebrauchsunfähige Gegenstände gleicher Art dienen sollten, bei der Einkommensteuerveranlagung stark ein. Der Steuerpflichtige mußte alle derartigen Anschaffungen, wenn sie länger als ein Jahr genutzt werden sollten, zunächst aktivieren und durfte sie dann nur in Form von Absetzungen für Abnutzung oder für Substanzverringerungen, also verteilt auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung, zum Abzug bringen. Das neue Gesetz schafft hier für die Dauer von 1½ Jahren, nämlich vom 1. Juli 1933 bis zum 1. Januar 1935 Abhilfe. Ersatzbefschaffungen von Maschinen, Geräten und ähnlichen Gegenständen dürfen in gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben im Steuerabsetzungschnitt der Verschaffung voll abgezogen werden, wenn folgende vier Voraussetzungen erfüllt sind: Der neue Gegenstand muß inländisches Erzeugnis sein, nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 angeschafft oder hergestellt sein und ferner einen bisher dem Betrieb dienenden gleichartigen Gegenstand ersetzen. Endlich muß sichergestellt sein, daß seine Verwendung nicht zu einer Minderbeschäftigung von Arbeitnehmern in dem betreffenden Betrieb führt. Diese Vorschriften gelten nicht nur für die Einkommensteuer, sondern auch für die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer und werden eine erhebliche Senkung der Steuerlasten einerseits, eine Belebung des Konsums andererseits zur Folge haben.

„Betrieb“ statt Organisation

Wiederaufbau des Mittelstandes.

Dr. A. Hugenberg zeigt in einem Artikel im „Tag“ die Richtlinien auf, nach denen er in Verfolg einer planvoll aufbauenden Wirtschaftspolitik die durch Inflation und Marxistenherrschaft zerstörte wirtschaftliche Basis des Mittelstandes wiederherzustellen gedenkt. Wir bringen nachstehend einen größeren Auszug aus dem Artikel, dem programmatische Bedeutung zukommt. Dr. A. Hugenberg schreibt unter anderem:

Abgesehen von Spielereien hat es weder in der Baukunst noch in der Politik bisher ein Gebäude gegeben, dessen Errichtung nicht bei den Fundamenten begonnen hätte. So konnte ich auch nach dem 30. Januar nur mit Landwirtschaftspolitik beginnen. Vor der übrigen Wirtschaft war die Landwirtschaft. Ohne gesunde Landwirtschaft gibt es keine gesunde Wirtschaft — schon deshalb nicht, weil die Landwirtschaft den stärksten und größten Teil des Mittelstandes darstellt und ständig Kräfte an den gewerblichen und übrigen Mittelstand abgibt. Nachdem — neben anderen Maßnahmen — Fettgesetz und Entschuldungsgesetz unter Dach und Fach gebracht sind, ist nunmehr hoffentlich der Weg auch für die übrige Wirtschaftspolitik frei.

Die Zwischenzeit ist für diese nicht etwa unausgenutzt geblieben. Namentlich auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaftspolitik sind verschiedene wichtige Schritte getan, beginnend mit der Einsetzung des Mittelstandskommissars. Es wird nun wohl auch hoffentlich bald die Periode der Eingriffe und der Unruhe in der Wirtschaft beendet sein. Denn das ist eine

unentbehrliche Voraussetzung

wirklichen Aufschwunges und der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Viele Menschen überschätzen bekanntlich das, was durch unmittelbare Eingriffe des Staates für die Wirtschaft getan werden kann. Ich bin kein Liberalist, der vor solchen Eingriffen zurückbleibt, wo sie nötig und wirksam sind. Aber ich weiß — wir haben es ja eigentlich alle schauernd erlebt —, wie leicht man von Staats wegen die Wirtschaft zerstören kann. Die Zerstörung beginnt immer da, wo man glaubt, das Konstruieren zu können, was wachsen muß. Homunculus — der Versuch, den Menschen künstlich zu schaffen — ist einer der größten Feinde des erdgeborenen natürlichen Menschentums. Der Gärtner, der Unkraut jätet, Steine wegräumt, Dünger streut, Pflanzen züchtet und ihnen je nach Bedarf und Möglichkeit Sonne und Wasser gönnt — er ist das Vorbild der wirtschaftlichen Staatskunst. Ob die Wirtschaftspolitik richtig gemacht wird oder falsch — das kann niemand mit Theorien vorher beweisen. Das ist die Sache der Erfahrung, des Instinktes und der Kunst. Nur das ist sicher — konstruieren kann man den Aufstieg und die wirtschaftliche Zukunft nicht. Sicher ist auch, daß heute das Begräumen der Trümmer eine Hauptaufgabe ist. Wo Trümmer liegen, wächst keine junge frische Pflanze. Aber man muß auch unterscheiden können, was Trümmer und was Baustein ist.

Ein wieder hoffender, wohlorganisierter Mittelstand ist eine der positivsten Mächte im wirtschaftspolitischen Leben. Seine ganze Natur ist auf Bejahung und Aufbau

Wird Grundlage aller Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz die Einsicht sein, daß der Zwang, von Land zu Land Zinsen zu entrichten und Kapitalschulden zurückzahlen, alle Märkte verwirrt, alle Preise zerstört, die Rente vernichtet und die Arbeitslosigkeit in allen am Weltverkehr beteiligten Ländern gezeugt hat? Nur wenn aus dieser Einsicht die Folgerungen gezogen werden, kann von der Londoner Konferenz ein wirklicher Anfang des Aufschwunges ausgehen. Nur dann kann ein Fehlschluß vermieden werden, der nach Lage der Machtverhältnisse, der Interessen und der Verteilung von Erfahrung und Einsicht nahe liegt.

Der Weltmarkt kann nur wieder gesund werden, wenn die nationalen Märkte der abendländischen Völker wieder gesund werden und zu diesem Zweck

2. Steueramnestie.

Das neue Gesetz sieht bekanntlich eine freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit vor, die durch Zahlung an ein Finanzamt, Hauptzollamt oder Zollamt oder durch Hergabe von Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, sowie durch Abtretung von Schuldbuchforderungen, endlich auch anonym durch Einzahlung bei einem Notar geleistet werden kann. Der Spender erhält in allen Fällen einen sogenannten Spendenschein. Bei anonymen Zahlung durch einen Notar wird der eingezahlte Geldbetrag von dem Notar ohne Namensnennung an das Finanzamt eingezahlt, das daraufhin einen Spendenschein erteilt. Diesen Spendenschein händigt der Notar dem Spender gleichzeitig mit einer Empfangsbcheinigung über den empfangenen Geldbetrag aus.

Der Spendenschein läßt sich nunmehr steuerrechtlich entweder zu einer Steuerbefreiung oder zu einer Steueramnestie verwenden. Der Spender kann nämlich entweder den Annahmewert des Spendenscheins von dem Einkommen des Jahres, in dem die Spende geleistet wurde, absetzen und dadurch seine Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer mindern, oder er kann stattdessen den Spendenschein nebst der Empfangsbcheinigung, die er von seinem Notar erhalten hat, der Steuerbehörde ausliefern und dabei verlangen, daß in Höhe des Annahmewerts der Spende zusätzlich eines Aufgebotes bisher zu wenig gezahlte Steuern vom Einkommen, vom Ertrag, vom Vermögen oder vom Umsatz nicht nacherhoben werden.

Eine solche in dem Gesetz mit „Ablösung von Steuerschulden“ bezeichnete Verwendung des Spendenscheins ist aber nur möglich, soweit hinsichtlich der vorgenannten Steuern eine Verkürzung von Steuereinnahmen vor dem 1. Juni 1933 eingetreten ist. Das ist der Fall, wenn durch schuldhaftes oder nicht schuldhaftes Verhalten des Spenders oder seines steuerlichen Vertreters die Steuerbehörde einen geschuldeten Steuerbetrag nicht oder nicht in voller Höhe angefordert oder einen Erstattungs- oder Vergütungsanspruch zu Unrecht anerkannt hat. In der Hauptsache wird es hier möglich sein, Steuerhinterziehungen auf Grund falscher Steuererklärungen wieder-

gerichtet. Wenn der Mittelstand negativ denkt und zerstören will, so liegt darin ein Zeichen, daß er krank ist. Eine falsche Politik hat ihn krank gemacht. Großbetrieb, Konsumverein, Warenhaus — denen man keine Schranken und keine moralischen Pflichten auferlegt hatte — sind für ihn Feinde geworden.

Der Tiefstand der heutigen Kaufkraft und damit der Umsätze wird wieder überwunden werden. Der neue Umsatz soll

auf die Mühle des Mittelstandes

geleitet werden. Es soll kein neues Warenhaus oder dergleichen entstehen. Die bestehenden sollen die Umsätze, bei denen sie noch bestehen können, nicht überschreiten. Das soll eine lediglich auf diesen Zweck gerichtete gestaffelte Umsatzsteuer wirksam verhalten. Auch alle sonstigen Handhaben des Staates sollen dafür eingesetzt werden. Wir wollen keine Begünstigung der Mammutbetriebe. Aber wir wollen nicht sinnlos vorhandene Werte entzwei-schlagen.

Vor allem müssen die Vorbelastungen unserer Wirtschaft mit einem gewissen Glauben an Zukunft und eigene Kraft baldmöglichst abgebaut oder ausgeglichen werden. Den alten Vorzug der Billigkeit unserer Eisenbahnfrachten müssen wir wiederherstellen. Arbeitslosigkeit und Steuerlast sind zwei Dinge, die sich gegenseitig bedingen.

Der „Betrieb“ statt der „Organisation“ muß wieder in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens gerückt werden. Der deutsche Zinsfuß, der immer noch hoch über dem der übrigen industriell entwickelten Länder steht, muß auf seinen natürlichen Stand heruntergedrückt werden. Das kann man nicht kommandieren. Aber man kann

die Hindernisse wegräumen,

die aus der Unrentabilität und den Bindungen der Vergangenheit hemmend in die Gegenwart hineinragen. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft hat das Reichskabinett mit aller Vorsicht und in sorgfältiger Abwägung der Wirkungen einen großen Schritt in der Schuldenfrage vorwärts getan. Selbst die Börse ist dadurch nicht erschreckt worden. Entsprechende Schritte, wenn auch in anderer Form, müssen auf dem Gebiete der übrigen Wirtschaft folgen.

Es geht auf die Dauer nicht an, daß ein viele Jahre dauernder Aufbauprozess der großen festgefrorenen Kredite, insbesondere auch der Auslandskredite, alles neu entstehende Kapital an sich saugt und festhält.

Der Leidtragende würde dabei wieder der Mittelstand sein. Für ihn würde in erster Linie die Dürre fortbauern, die sich auf dem Gebiete des gesunden flüssigen Kredites durch Inflation und Deflation unter Störung und Schrumpfung aller dezentralisierten Kreditmöglichkeiten entwickelt hat.

Ich bin dafür, daß die Kräfte sich frei entwickeln. Aber die Kräfte eines jeden rings im Lande, auch die Kräfte des Kleinsten. Denn das schafft durch die millionenhafte Vervielfachung der Kraft des einzelnen Armes und des einzelnen Geistes erst die riesenhafte und unendliche Kraftentfaltung, die wir brauchen.

auch die internationalen Kreditleihen geordnet werden, unter denen sie zusammengeschrumpft sind. Deutschland ist vermöge seiner Wirtschaftspolitik so weit, daß es an der Schwelle der Wiedergesundung seines nationalen Marktes steht. Wenn die Welt wieder gesund werden will, muß ein jeder Staat je nach seinen Verhältnissen ähnliche Wege gehen. Dann wird sich auch das bald wieder einstellen, was jetzt alle so sehr vermissen: nämlich die gegenseitige Befruchtung. Der internationale Verkehr, die Güterlieferung von Land zu Land ist gewissermaßen ein Nebenzeugnis der nationalen Marktentwicklung. Wer sie verselbständigen will, schlägt die Rentabilität und damit das Leben der nationalen Markte tot. Ein jeder nationale Markt innerhalb der an den Weltmarkt an-

gutzumachen. Von der Ablösung und Amnestie sind ausgeschlossen alle Steuerschulden, die auf Vermögensstücke entfallen, die sich am 1. Juni 1933 im Auslande befinden oder auf Devisen, die an diesem Tage anbieterspflichtig sind, ferner auf alle Zahlungsmittel, Erträge, Einkommen sowie Umsätze, die auf Vermögensstücke und Devisen der vorgenannten Art Bezug haben. Die Verwendung des Spendenscheins zur Ablösung von Steuerschulden bewirkt ferner Straffreiheit, sofern die Spende mindestens die Hälfte des durch die Steuerzuwiderhandlung verkürzten Steuerbetrags ausmacht. Wer also 1000 Mark Einkommensteuer hinterzogen hat, muß mindestens 500 Mark spenden, um Amnestie zu erhalten. Die Straffreiheit kommt in solchen Fällen nicht dem Spender allein, sondern auch allen an der Steuerzuwiderhandlung beteiligten Personen zugute, insbesondere also auch einem Mittäter und Gehilfen. Endlich werden bei der Ablösung von Steuerschulden durch den Spendenschein auch Zinsen und Verzugszuschläge, die auf die abgelösten Steuerschulden entfallen, nicht erhoben.

Der Spendenschein wird im übrigen sowohl dann, wenn er bei der Einkommensteuerveranlagung als Ausgabe abgesetzt wird, wie auch dann, wenn er zur Steueramnestie verwandt wird, mit seinem sogenannten Annahmewert in Zahlung genommen. Als Annahmewert gilt bei Barzahlung der gezahlte Betrag, bei Hingabe von Schatzanweisungen, Schuldverschreibungen und Abtretung von Schuldbuchforderungen der letzte Börsewert. Bei Ablösung von Steuerschulden wird außer dem Annahmewert des Spendenscheins auch noch ein Aufgeld gutgebracht. Dieses beträgt bei Spenden vor dem 1. Oktober 1933 gleich 25 Prozent des Annahmewerts, vor dem 1. Januar 1934 gleich 20 Prozent, und vor dem 1. April 1934 gleich 15 Prozent des Annahmewerts.

Die Ablösung von Steuerschulden und die Steueramnestie ist ausgeschlossen, wenn die Steuerbehörde dem Steuerpflichtigen oder seinem Vertreter schon vor Hingabe des Spendenscheins eröffnet hat, daß sie Kenntnis von einer Verkürzung von Steuereinnahmen hätte. Es gilt hier also die gleiche Vorschrift, wie sie schon bei der Amnestie von 1931 bestand. (Ein weiterer Artikel folgt.)

schön nach ermüdendem Marsch das selbstgebackte Essen, feid vorsichtig beim Feueranmachen und noch vorsichtiger beim Ausmachen. Kein Stückchen Holz darf weiter glimmen. Vergeßt vor allem nicht, daß das Ablochen im Walde selbst verboten ist und daß ihr für jeden Schaden haftbar gemacht werden könnt.

Überall trifft man jetzt in den Waldungen Warnungstafeln an, die auf die Gefahren eines Waldbrandes hinweisen. Beachtet diese Schilder, dann wird viel Unglück und Schaden verhütet werden. Bemerket ihr einen Wald- oder Wiesenbrand, so seid ihr als deutsche Staatsbürger nach dem Gesetz verpflichtet, behilflich zu sein. Der Wald ist ein wertvolles Kleinod des deutschen Volkes und soll einem jeden dienen.

Salver

—) Die Pfingstferien neigen sich dem Ende zu. Heute ist der letzte freie Tag. Am Donnerstag beginnt wieder in allen Schulen der gewohnten Stunde der Unterricht.

—) Mit dem ersten Grasschnitt für die diesjährige Heuernte hat man an vielen Stellen begonnen. Bei dieser sonnigen Witterung geht der Trockenprozeß schnell vor sich. In einigen Stellen steht üppiger Graswuchs, während in anderen Stellen der Graswuchs noch zurück ist.

—) An den beiden Pfingsttagen herrschte reger **Fremdenverkehr** in unserm Ort. Am Vorabend des Festtages waren in den Gaststätten sämtliche Zimmer belegt, sodaß eine große Zahl von Fremden in Privathäusern übernachten mußten. Der 2. Pfingsttag, an dem das allerseits beliebte Reiterturnier abgehalten, war der Besuch von auswärtig besonders stark. — Im Strandbad Herpina, das zu Pfingsten freigegeben war, herrschte ebenfalls reger Verkehr. Am 2. Pfingsttage machten auswärtige Kunstschwimmer mehrere Sprünge vom neuerrichteten Turm und den angebauten Sprungbrettern. Die Herren waren voll des Lobes über die herrliche Anlage und das schöne Schwimmbecken. Zahlreiche Besucher aus den benachbarten Städten des Industriegebietes nahmen die Anlage in Augenschein, alle bewunderten die idyllische Lage. Da nach den schönen warmen Tagen der Badebetrieb in Gang kommt, so wird dort unten im stillen Tal der Herpina ein recht lebhafter Verkehr einziehen. Von der Jugend bis zum Alter ist dort eine schöne Erholungsanlage und Tummelplatz geschaffen.

Schalksmühle

—) Ein **Waldbrand** entstand am Dienstagnachmittag am Lauenfelderhohl in den Waldungen der Firma C. Kuhl- bier & Sohn hart an der Grenze. Durch tatkräftiges Eingreifen Untergebener und Anwohner gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und die inzwischen eingetroffene Feuerwehr Schalksmühle brachte in ihrer Gesamtheit nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Ein Ueber- greifen in die Tannenschonungen konnte vermieden werden. Dadurch ist beachtlicher Schaden nicht entstanden. Nach ganz kurzer Zeit konnte die Wehr wieder abrücken.

—) Am 2. Juni hielt die **Glaubensbewegung „Deutsche Christen“** Gemeindegemeinschaft Schalksmühle, eine Werbeveranstaltung im Saale Kriegeskorte ab, die sehr gut besucht war. Gemeindegemeinschaftenleiter Franz eröffnete den Abend, begrüßte die Anwesenden, vor allem die NS-Frauen, die geschlossen erschienen war, und gab das Wort an Dr. Eckart Franz, der über das Thema: „Was wollen die Deutschen Christen“ sprach. Nur die wichtigsten Punkte seien aus diesem Vortrag hervorgehoben. Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ist ins Leben gerufen worden, um dem Vaterland eine starke evangel. Reichskirche zu geben, die mehr als bisher im Stande ist eine Durchdringung des gesamten Volksbewußtseins durch die sittlich erneuernden Aufbaufürsorge des Evangeliums zu gewährleisten und undenkliche, vergiftende Einflüsse vom deutschen Volkskörper fernzuhalten. Sie ist nicht gemacht von Politikern, sondern gewachsen aus dem deutschen Kirchenvolke. Der Vorwurf, sie brächten die Politik in die Kirche, ist eine üble Verleumdung. An mehreren Beispielen wurde gezeigt, daß die Politik schon längst in der Kirche ist. Aber die Deutschen Christen wollen reinlich scheiden zwischen kirchlichen und politischen Dingen und die Politik nicht nur nicht in die Kirche bringen, sondern heraustreiben. Dem Nationalsozialismus verdanken sie ohne Zweifel das Erwachen, aber dennoch wollen sie eine Glaubensbewegung im eigentlichen Sinne sein, die über die Grenzen der politischen Partei hinaus sich jedem Geyinnungs- genossen öffnet. Sie kämpft nicht gegen die Kirche, sondern erstrebt innerhalb der Kirche eine Erneuerung und will kraftvolles religiöses Leben und kirchlichen Sinn wecken. Sie betont artgemäßes Christentum! Wehe, wenn die deutschen Christen kein deutsches Herz mehr haben, dann würde ihr Christentum eine ungeheure Treibhaus- pflanze werden. Wehe, wenn die Deutschen kein christliches Herz mehr haben, dann würde der deutsche Baum rettungslos entarten. Sie betonen weiter heldische Frömmigkeit, wie sie Jesus befohlen hat. Er fordert die Seinen zum Kampf auf gegen das alte eigene Ich, zum Kampf gegen alle Ungerechtigkeit und Finsternis, gegen alle Mitter und Schäden, gegen alles, was Menschen an Leib und Seele verdirbt, zu einem Kampf, in dem es niemals einen faulen Frieden, niemals einen Kompromiß geben kann. Daher gilt der Kampf aller Gottlosigkeit, vor allem der gottlosen Gleichgültigkeit, Halbheit und Vauheit innerhalb der Kirche. Die marxistische Weltanschauung hat Gott zur Idee ohne Eigenwert und Wirklichkeit gemacht. Aber Gott ist die größte, gewaltigste Wirklichkeit und muß es auch für uns werden. Eine nationale Erneuerung ist angebahnt, eine religiöse kirchliche muß folgen, um dem neuen Deutschland eine neue geeinte evangel. Reichskirche zu geben. Zum Schluß ging der Redner noch auf die Stellungnahme der Deutschen Christen zur Bischofswahl ein. Es wäre ein Frevel an der wahrhaft christlichen Persönlichkeit P. von Dobschwinths Kritik zu üben. Dennoch sind die Deutschen Christen gegen ihn, weil durch ihn in diesem Amte und durch die Art und Weise, wie er von den kirchlichen Spitzenbehörden gewählt worden ist, nicht das gewährleistet wird, was wir heute brauchen, nämlich die neue Volkskirche. Die bloß in und von den Spitzenbehörden geschlossene Einheit ist ein Gebilde, das in der Luft hängt. Die Einheit muß tief im Kirchenvolk verwurzelt sein, um wirklich Sinn zu haben. Die Deutschen Christen wollen eine Bewegung im Volk sein, daß das deutsche Kirchenvolk sich mit eigenem Herzen die Reichskirche erkämpft. Es kommt ihnen nicht nur auf die neue Form an, sondern auf den neuen Geist. — Der Versammlungsleiter richtete noch an jeden einen Appell, zur Tat fortzuschreiten und die Glaubensbewegung durch Mitgliedschaft zu fördern. Der Abend wurde geschlossen durch gemeinsames Singen des alten Luther- Liedes: Ein feste Burg ist unser Gott!

Dahlebrück

—) „**Massenbesuch** herrschte an den Pfingsttagen an der romantischen Glörtafpeere. Von morgens bis abends pilgerten unzählige Wanderer und Ausflügler von und zur Sperre, um sich vom grauen Alltag zu erholen. Die Glörfelder Seite, wo vor Jahren die Kohlenmeilern standen, glich einer großen Feststadt. Hier stand Zelt an Zelt und selbst in der Nacht wurde es an der Sperre nicht still. Während vor Jahren das Zelt an der Sperre verboten war, hat die Holmetalsperrengeossenschaft die Glörfelder Seite fürs Zeltan frei gegeben, jedoch nur gegen Vorzeigung eines Erlaubnisscheines, der vom Verwalter der Glörsperrre ausgestellt wird. An den Pfingsttagen hat sich wieder einmal bestätigt, daß die schlechte Glörstraße auf dem Brederfelder Gemeindegebiet den Autoverkehr zur Sperre ganz erheblich hemmt. Man hat beobachtet, daß viele Automobile bei der Schraubenfabrik Seiffinghaus wieder umkehrten, weil die Straße von Automobilen fast nicht mehr befahren werden kann. Wünschenswert wäre es deshalb, wenn jetzt endlich die Ausbesserung oder Erneuerung der Glörstraße vorgenommen würde, da das Sperrenrestaurant auf den Fremdenverkehr vornehmlich der autofahrenden Fremden angewiesen ist. Die Glörsperrre ist nun einmal der Hauptanziehungspunkt des Holmetals und der Straßenbau verdient deshalb ganz besondere Beachtung.

—) „**Einen Sturz mit dem Fahrrad** machte ein Arbeiter aus der Glör, der mit seinem Rad die abschließende Glörstraße hinunterkam. Kurz vor dem Restaurant Rafflenbeul sprang dem Fahrer ein Hund vors Rad. Er kam zu Fall und zog sich starke Hautabschürfungen zu, während der Hund schnell das Weite suchte. Das Rad wurde ebenfalls beschädigt.

—) „**Die leidliche Unsitte**, zu Zweien auf einem Fahrrad zu fahren, hatte am ersten Pfingsttag nachmittags in der Viet einen Unfall zur Folge. Ein schulpflichtiger Junge hatte auf seinem neuen Fahrrad einen Burschen vorne auf der Stange sitzen. Er fuhr von der Glörstraße auf die Vietstraße und fuhr beim Spritzenhaus Kinder an, die an der Hand Erwachsener geführt wurden. Ein Kind zog sich bei dem Fall erhebliche Knieverletzungen zu.

—) „**Vom Turnverein Stöden-Dahlebrück e. V. 1885.** In einer wichtigen Versammlung, die der Vorsitzende Tb. Herminghaus eröffnete und leitete, wurden zunächst die neu ernannten Vorstands- und Turnratsmitglieder eingeführt und begrüßt. Zunächst wurde unter Punkt 1 das Werbeturnen eingehend besprochen und behandelt. Am 25. Juni wird der Tb. Stöden-Dahlebrück e. V. 1885 ein Werbeturnen auf seinem auf Neeswinkel gelegenen Sportplatz muntergültig aufziehen. Außer volkstümlichen Turnen werden Handball- und Faustballspiele, Tauziehen, Geräteturnen, Kinderbelustigungen usw. gezeigt. Erstmalig soll eine Alte-Herren-Mannschaft vom Verein mitwirken. Man will ein Handballblisturnier zeigen. Da die Ortschaft Dahlebrück sich in 3 Gemeinden aufteilt, sollen die in den verschiedenen Gemeinden wohnenden Mitglieder zu sogenannten Gemeindegemeinschaften für das Blisturnier gebildet werden. Unter Punkt 2 wurde über den Bau eines Umkleideraumes auf dem Sportplatz, welches eine dringende Notwendigkeit geworden ist, verhandelt. Für das Deutsche Turnfest in Stuttgart wurden weitere Richtlinien bekanntgegeben. Unter Punkt Verschiedenes kamen einige interne Angelegenheiten zur Sprache.

Breckerfeld

—) Ihr **silbernes Ehejubiläum** können heute die Eheleute Landwirt Wilhelm Hönen und Frau Paula geb. Siepmann zu Loh feiern. — Studienrat Dr. Friedrich Hadenberg, ein Sohn der Stadt Breckerfeld, ist durch den Senat der freien und Hanfsstadt Bremen auf einstimmigen Vorschlag des Kollegiums zum Direktor der dortigen Oberrealschule ernannt worden.

Voerde. Neue Siedlung bei Voerde geplant. Auf Störringen in der Gemeinde Voerde ist die Errichtung einer neuen Siedlung geplant. Eine Anzahl Siedlungslustiger, die sich zu einer „Siedlungsfreundschaft“ zusammengeschlossen haben, beabsichtigt hier die Anlage von 24 Siedlerstellen. Mit dem Eigentümer wird bereits wegen des Erwerbs von 24 Morgen Land verhandelt. Die Siedlung ist in der Weise gedacht, daß jeder Siedler eine Wohnung mit einem Morgen Land erhält. Die Leitung hat ein Schwelmer Architekt in der Hand. Da sich eine große Zahl von Interessenten gemeldet hatte, sind sämtliche Siedlerstellen bereits vergeben.

Kierspe-Vhf.

—) Am zweiten Pfingstfeiertage wurde plötzlich die **Leuchtzufuhr unterbrochen**. Bei näherer Untersuchung stellte man fest, daß ein junges Pferd einen Stükmast auf einer Weide umgeworfen hatte. Dabei waren die Drähte gerissen und zur Erde gefallen. Das Pferd trug dabei erhebliche Verbrennungen davon. Da die Unfallstelle an einem öffentlichen Wege lag, mußte der Schaden sofort beseitigt werden. Die benachrichtigte Stelle des Elektrizitätswerkes „Marl“ sorgte sofort für die Beseitigung des Schadens.

Ein guter Rat: **ODOL ZAHNPASTA**

—) Seit Eröffnung der Jagd machten Jäger eines hiesigen Jagdbezirkes die Wahrnehmung, daß das Wild sehr selten und unruhig war, doch wußte man nicht, worauf dieses zurückzuführen war. Erst am zweiten Pfingsttag wurde den Jägern die Scheu der Tiere klar. Seit mehreren Tagen hatten sich Trupps von Stämmen in den fraglichen Waldungen aufgehalten, die zu einem Pfingstausslug ins Sauerland gekommen waren. Die Ausflügler hatten sich häuslich niedergelassen. Ein Anpächter des Jagdbezirkes machte nun die Feststellung, daß ein Mann, der einer solchen Gruppe angehörte auf Wild schoß. Der Jäger sprang sofort hinzu und nahm dem Fremden das Gewehr ab und benachrichtigte den hiesigen Oberlandjäger. Leider war der Wilddieb inzwischen ausgerissen, doch war es möglich, die Personalien des Wilddiebes festzustellen. Das Gewehr und ein gewildertes Karnidel konnten sichergestellt werden, sodaß der Täter seiner Strafe zugeführt werden kann. Alle Jäger seien daher darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die lagernden Fremden in den Wäldern genau im Auge zu halten.

Rönfahl

—) **Pfingsten!** Unser romantisches Rönfahl mit seiner reizvollen Umgebung hatte an den herrlichen Pfingsttagen wieder eine große Anziehungskraft. Der Fremdenverkehr war sehr stark, sämtliche Gasthäuser und Privatquartiere belegt, sodaß viele Besucher nach außerhalb mußten. Reges Leben herrschte in den Restaurants und deren Gartenanlagen. Der Kraftfahrzeugverkehr nach allen Richtungen war überwältigend. An der Vingesetalsperre herrschte ein Vadebetrieb wie noch nie zuvor und kann ein solcher mit einem Seebad verglichen werden.

—) Das **Rönfahler Strandbad** ist soweit hergestellt, daß darin gebadet werden kann und wurde das Wasser gestaut. Am ersten Pfingsttag hat man schon Schwimmkünste gezeigt.

—) **Fahnen gestohlen.** Nachdem vor ca. 10 Tagen vor dem Hause der „Guts-Schenke“ Max Weis in Rönfahl-Neuenhaus eine Fahnenkreuzfahne entwendet worden war, wurden am 2. Pfingsttag morgens 3 Uhr je eine Schwarzweißrote und Fahnenkreuzfahne gestohlen. In Frage kommt ein Lastauto, welches nachher in Richtung Ohl davonfuhr. Als in dem Hause ein Schlafgast das Fenster öffnete und die dreifachen Spighuben verschauen wollte, fiel ein Schuß, ohne jedoch Schaden anzurichten. Unter Mitnahme der beiden Fahnen fuhr dann das Auto ab.

—) Die **Alarmfahne** der Freiwilligen Feuerwehr Bürgenhausen auf deren Steigerturm, welche bei dem Großfeuer des Vereinslokales in Bürgenhausen außer Betrieb geraten war, ist jetzt wieder betriebsfertig und wird die Wehr in Kürze zu einer Alarmübung rufen.

—) Hierorts ist bereits mit dem Mähen des Gra- ses für die bevorstehende Heuernte begonnen worden.

Lüdenscheid. Festlegung und Vermehrung der Viehmärkte. Der Lüdenscheider Viehmarkt, der ursprünglich nur für zwei Tage im Frühjahr und Herbst vorgesehen war, ist bereits zweimal abgehalten worden. Der Erfolg dieser beiden Markttage war so gut, daß man an zukünftiger Stelle die Abhaltung von insgesamt fünf Markttagen für angebracht hält, deren Genehmigung bereits bei der Regierung beantragt ist. Als Markttage sind vorgesehen: der erste und der letzte Donnerstag im Monat April, der erste Donnerstag im August und September, und schließlich der zweite Donnerstag im Oktober. Die nächsten Markttage sind demgemäß am 3. August, am 7. September und am 12. Oktober, falls die Genehmigung der Regierung erteilt wird, woran wohl nicht zu zweifeln sein dürfte.

Hagen. Wieder in sein Amt eingesetzt. Die Untersuchung beim hiesigen Finanzamt hat ergeben, daß gegen Oberregierungsrat Kleinen in keiner Weise Vorwürfe wegen seiner dienstlichen Tätigkeit gemacht werden können. Das gleiche gilt auch für seine Einstellung zur nationalen Regierung. Oberregierungsrat Kleinen ist jetzt auf Anordnung der Reichsregierung wieder in sein Amt eingesetzt worden. Oberbürgermeister Better führte Oberregierungsrat Kleinen im Beisein sämtlicher Beamten wieder in seine Tätigkeit ein.

Sprockhövel. Eine Todesfahrt. Der 25jährige Sohn Heinz des Schmiedemeisters August Rutenbeck im Nachbarort Stüter veranstaltete am Abend eine Motorradwettkampf auf kurze Strecke zwischen Brebenscheld und Hattingen und zurück. Rutenbeck hatte die Spitze hin und her. Als die hinter ihm Fahrenden kurz vor dem Ziel waren, fanden sie den jungen Freund mit gebrochenen Gliedmaßen, schweren Schädelverletzungen und blutenden Wunden am Wegesrande; er war mit seinem Rad an einen Chaufseebaum der Provinzialstraße gefahren und gestürzt. Ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, starb er bald darauf im nahen Hattinger Krankenhaus.

Nah und Fern

○ Der erste hochalpine Segelflug geglückt. Das Hochleistungssegelflugzeug „Hermann Göring“ startete auf dem über 1600 Meter hohen Predigtstuhl bei Bad Reichenhall zu dem ersten hochalpinen Segelflug und landete glatt auf dem Flugplatz Bad Reichenhall. Der erste hochalpine Segelflug war damit erfolgreich durchgeführt. Die Maschine wurde von Fluglehrer Kappler gesteuert.

○ **Einweihung des neuen Westturmes auf Wangerooge.** In Anwesenheit einer großen Zahl von Besuchern aus ganz Nordwestdeutschland und des Reichsstatthalters Möver an der Spitze der oldenburgischen Regierungsvertreter wurde auf der Nordseeinsel Wangerooge der neue Westturm eingeweiht. Der alte Turm, früher ein Seezeichen, war am Anfang des Weltkrieges aus strategischen Gründen gesprengt worden und hat jetzt in neuer Form und zu neuem Zweck wieder aufgebaut werden können. Er ist als Jugendherberge eingerichtet und beherbergt gleichzeitig ein Heimatmuseum.

○ Mutter vergiftet sich mit ihren zwei Kindern. Durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden wurden in Dresden eine 28jährige Väterereinhäberin mit ihren beiden sechs- und vierjährigen Kindern. Mannigfache Sorgen, die im Zusammenhang mit dem Tode des Mannes stehen, dürften die Frau zu der Verzeihungsstat getrieben haben.

○ **Tödlicher Absturz im Hochgebirge.** Im Scharifels-Gebiet am Fuß der Pflugwand am Hohen Göl ist die Leiche des 32jährigen Oskar Schneider aus Limbach bei Homburg gefunden worden. Die Leiche dürfte etwa fünf Tage an der Stelle gelegen haben. Sie wies schwere Wunden auf. Man nimmt an, daß Schneider bei der Durchletterung der Pflugwand etwa 80 Meter tief abstürzte und wahrscheinlich auf der Stelle tot war.

○ Acht Reichswehrsoldaten bei Kraftwagenunfall verunglückt. In der Nähe von Mainhardt (Württemberg) verunglückte ein mit neun Mann besetztes, von einer Übungsfahrt zurückkehrendes Reichswehrauto in der Kurve einer abschüssigen Straße. Der Wagen überschlug sich zweimal. Die Insassen wurden herausgeschleudert und vier Reichswehrangehörige schwer und vier leichter verletzt.

○ **Selbstmord im Gefängnis.** Im Gerichtsgefängnis in Königsberg verübte der 58 Jahre alte in Hoboken bei Newyork geborene Kaufmann van Limbed Selbstmord. Lombard hatte am 8. November v. J. seine Frau erschossen und einen Selbstmordversuch unternommen und war deswegen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

○ **Drei Bergsteiger verunglückt.** An der Kampenwand stürzten zwei Münchener Bergsteiger ab. Die beiden Verunglückten wurden von der Bergwacht und der Rettungsstelle Aichau des Deutsch-Osterrreichischen Alpenvereins mit inneren Verletzungen nach Aichau gebracht. Ein Student aus Washington verunglückte am Erwalder Köpfel bei der Zugspitze durch Steinschlag. Seine Hilferufe wurden von einem Jäger gehört. Die Rettungsstelle Erwald brachte den Verletzten zu Tal und von dort ins Krankenhaus Garmisch.

1. Qualität 232, 2. Qualität 220. T
ruhig.